

B e r i c h t

über die 16. turnusmäßige Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 29. und 30. März 1988 in Sofia

1. Hauptergebnisse der Tagung sind:

- die Abstimmung gemeinsamer Prioritäten zur Weiterführung der auf der Budapester und Berliner Tagung des PBA vereinbarten Friedensstrategie gegen die Pläne der NATO zur Kompensation des Abkommens über die Beseitigung der Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite durch neue Rüstungen und Modernisierung und des weiteren Vorgehens zur Erreichung der Abrüstung auf konventionellem Gebiet und bei chemischen Waffen.
- die einmütige Unterstützung der Bruderstaaten für die Anstrengungen der Sowjetunion, in den Verhandlungen mit den USA Dokumente zu weiteren einschneidenden Abrüstungsvereinbarungen vorzubereiten.
- eine grundsätzliche Verständigung, das Vorgehen in den Fragen von Sicherheit und militärischer Entspannung an der Nord- und Südflanke Europas zu verstärken und die hierfür erforderliche konzeptionelle Grundlage weiter auszuarbeiten.
- die Vereinbarung des Arbeitsprogramms für die außenpolitische Abstimmung bis zur Herbsttagung des Außenministerkomitees in Budapest.

- Es fanden zwei informelle Treffen der Außenminister statt. Genosse Schewardnadse informierte im Auftrag von Genossen Gorbatschow über seine Gespräche mit Shultz und über den Stand der Vorbereitungen des bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens in Moskau. Die Minister trafen sich zu einem Gespräch im kleinen Kreis. (~~Anlage 1~~).
2. Die Außenminister wurden am 30. März vom Generalsekretär des ZK der BKP, Todor Shiwkow, zu einem freundschaftlichen Gespräch empfangen. (~~Vermerk Anlage 2~~).
 3. Auf Wunsch der internationalen Bewegung "Frauen für ein ergebnisreiches Treffen auf höchster Ebene" empfingen die Minister Vertreterinnen der Bewegung zu einem freimütigen Meinungsaustausch (ND, 29. März 1988).
 4. Angenommen wurden:
 - ein Kommuniqué (ND, 31. März 1988)
 - ein Appell an die NATO-Staaten und alle Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (ND, 31. März 1988)
 - das interne Protokoll der Tagung.
 5. Genosse Schewardnadse informierte über den Stand der sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen. Ober die bisherigen Informationen hinausgehend betonte er, daß das Märztreffen in Washington mit Präsident Reagan und Außenminister Shultz zwar in guter Atmosphäre, aber widersprüchlicher als das Februartreffen in Moskau verlief. Das sei darauf zurückzuführen, daß die sowjetisch-amerikanische Annäherung von einer wachsenden Opposition in den USA begleitet werde. Das sei auch die Ursache dafür, daß das Märztreffen nicht die sowjetischerseits erwarteten Ergebnisse brachte. Es sei nicht gelungen, auch nur eine einzige bedeutende Frage zu lösen. Deshalb wurde für die Abschluß-

dokumente und -erklärungen auf frühere Texte der sowjetisch-amerikanischen Treffen, insbesondere auf die Washingtoner Erklärung vom 10. Dezember 1987 zurückgegriffen. Ein tragbarer Kompromiß im Zusammenhang mit SDI und dem ABM-Vertrag sei bisher nicht zustande gekommen. Für die Sowjetunion sei es deshalb vorstellbar, einen solchen Kompromiß einzugehen, der ihr das Recht vorbehält, aus dem Vertrag über die Halbierung der strategischen Offensivwaffen auszutreten, falls die USA mit ihrem SDI-Programm den ABM-Vertrag verletzen.

Wie Genosse Schewardnadse betonte, wurde das Interesse Reagans, Shultz u. a. an einer Unterzeichnung des Vertrages über die Halbierung der strategischen Offensivwaffen während des bevorstehenden Moskauer Gipfels genutzt, um die USA zu einer substantiellen Arbeit in Genf und zur konkreten Vorbereitung des Gipfels zu drängen. Er schätzte ein, daß Reagan gegen Ende seiner Amtszeit weniger fähig ist, wirksam gegen den Widerstand derer vorzugehen, die gegen eine Unterzeichnung dieses Vertrages sind. Reagan selbst äußerte den Wunsch nach einem möglichst produktiven Gipfel. Eine Bilanz der Vorbereitungen zeige aber, daß ohne den Halbierungsvertrag dieses Ziel nicht erreicht werden kann.

Im Interesse der weiteren Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen wurde das Datum für den Gipfel in Moskau fixiert, was Genosse Schewardnadse als wichtigstes Ergebnis bezeichnete. Das für den 22./23. April 1988 in Moskau vereinbarte Treffen mit Shultz werde zeigen, ob es einen Gipfel mit oder ohne Halbierungsvertrag geben wird. Falls der Halbierungsvertrag über die strategischen Offensivwaffen während des bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Gipfels in Moskau noch nicht unterzeichnet werden kann, strebt die Sowjetunion eine solche Rahmenvereinbarung mit den USA an, die es dem künftigen USA-Präsidenten nicht gestatten soll, den mit dem MSR-Abkommen eingeleiteten Abrüstungsprozeß zu stoppen.

6. Bei der Abstimmung des weiteren Vorgehens gingen alle Bruderstaaten davon aus, daß im Zusammenhang mit dem Abschluß des sowjetisch-amerikanischen Abkommens über die Beseitigung der Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite eine Veränderung des allgemeinen politischen Klimas eingeleitet wurde, wenngleich das auch keine durchgreifende Wende bedeutet. Die gegenwärtige Lage biete insgesamt günstigere Rahmenbedingungen für die Suche nach gegenseitig annehmbaren Lösungen in einer Reihe von Schlüsselfragen der Sicherheit und Abrüstung: Es bestand Übereinstimmung, als Hauptaufgabe den Abrüstungsprozeß mit dem Ziel weiter zu führen, eine dauerhafte Wende in den internationalen Beziehungen zu erreichen.

Als aktuelle Schwerpunkte des gemeinsamen Vorgehens wurden herausgearbeitet:

- a) die politische, diplomatische und propagandistische Unterstützung des Ratifizierungsprozesses des sowjetisch-amerikanischen Abkommens über die Beseitigung der Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite sowie dessen vertragsgemäße Verwirklichung.
- b) gründliche Analyse der Situation in der NATO und in Weiterentwicklung der Beschlüsse der Budapester und Berliner Tagung des PBA Ausarbeitung einer gemeinsamen neuen europapolitischen Initiative der Bruderstaaten, die an die gegenwärtigen Stimmungen in Westeuropa und die Berührungspunkte mit NATO-Positionen anknüpft. Vielseitige Fortführung und Vertiefung des politischen Dialogs. Weitere Ausarbeitung der gemeinsamen Position gegenüber den sich real vollziehenden Integrationsprozessen in Westeuropa. Verstärkter Ausbau der Kontakte zu westeuropäischen Vereinigungen (Europarat, WEU, NATO-Parlament, Europaparlament).

c) intensive Weiterführung der Anstrengungen der Bündnisstaaten auf dem Wiener Folgetreffen für die Aufnahme von Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen vom Atlantik bis zum Ural noch im Jahre 1988. Sorgfältige und zügige Abstimmung der Konzeption für diese Verhandlungen.

Vorbereitung des Austausches von Zahlen über die Streitkräfte und Rüstungen beider Bündnisse in Europa bereits in allernächster Zeit.

Ausarbeitung der Konzeption für die Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa ("Stockholm II") unter besonderer Berücksichtigung der weiteren Begrenzung militärischer Aktivitäten sowie der Ausdehnung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen auf die Luft- und Seestreitkräfte.

d) Behandlung der taktischen Kernwaffen und der nuklearen Komponente der doppelt verwendbaren Systeme in gesonderten Verhandlungen.

e) aktive Weiterführung der regionalen Abrüstungsinitiativen in Europa:

- Durchführung des "Internationalen Treffens für kernwaffenfreie Zonen" in Berlin;
- die gemeinsame Initiative der DDR und der CSSR zur Schaffung eines kernwaffenfreien Korridors und einer von chemischen Waffen freien Zone in Mitteleuropa;
- die Initiative von Genossen Jakeš, die in Kürze durch einen Prinzipienkatalog präzisiert wird;
- der Jaruzelski-Plan, zu dem ein gesondertes Dokument über die Vereinbarung komplexer Maßnahmen zur Einschränkung der Fähigkeit zu einem Überraschungsangriff vorbereitet wird, das die VRP beabsichtigt, der bevorstehenden Tagung des PBA in Warschau zur Annahme vorzulegen;

- Ausarbeitung eines Dokuments zur militärischen Entspannung und Vertrauensbildung im Süden und Norden Europas, das die gemeinsamen Positionen der Bruderländer zusammenfaßt (der von der VRB auf der Außenministerkonferenz vorgelegte Entwurf eines Memorandums zu diesen Fragen wurde nicht behandelt, da die SRR-Delegation hierzu kein Mandat hatte).

- f) Wahrung der gemeinsamen Interessen auf dem Wiener KSZE-Treffen angesichts der erpresserischen Politik der NATO in Menschenrechts- und humanitären Fragen durch das abgestimmte einheitliche Auftreten der sozialistischen Staaten.
- g) weitere Ausarbeitung der inhaltlichen Hauptfragen des Vergleichs der Militärdoktrinen Warschauer Vertrag - NATO, insbesondere der militärtechnischen Seite. Aktive Fortsetzung der politisch-diplomatischen und auslandsinformativischen Arbeit zu den Militärdoktrinen.
- h) Wirksame Gestaltung der politisch-diplomatischen Arbeit vor allem mit den neutralen und nichtpaktgebundenen Ländern zur Schaffung eines umfassenden Systems des Friedens und der internationalen Sicherheit.

Nutzung der dritten UN-Sondertagung für Abrüstung dafür. (Ein von der VRB vorgelegter Entwurf eines Aufrufs an die UN-Sondertagung konnte nicht behandelt werden, da die Vertreter der SRR kein Mandat hatten.)

7. Zur weiteren Vervollkommnung und effektiveren Gestaltung der Zusammenarbeit im Warschauer Vertrag unterbreitete Gen. Schewardnadse (~~Rede Anlage 3~~) grundsätzliche Überlegungen über die langfristige prognostische Tätigkeit im Bündnis. Damit sollten auch Konsequenzen für die Vervollkommnung der Formen und Methoden der außenpolitischen Koordinierung einschließlich der Tätigkeit des Außenministerkomitees verbunden sein. Er regte an, das geistige Potential

der Bruderstaaten zielstrebig zusammenzuführen, um gemeinsam Antworten auf theoretische und praktische Grundfragen der Gegenwart und Perspektive auszuarbeiten.

Zur weiteren Entwicklung des Mechanismus der außenpolitischen Koordinierung bestand Obereinstimmung, daß die effektivere Ausschöpfung des bereits Vorhandenen im Vordergrund stehen muß.

Die DDR, VRP, UVR, VRB, ČSSR und UdSSR befürworteten erneut weitere Schritte zur Stärkung des Mechanismus des Bündnisses (Ständiges Sekretariat, gegen Rotation, Erhöhung der Rolle des Generalsekretärs des PBA). Die SRR lehnte die Erörterung dieser Fragen sowie die Wiederaufnahme der Tätigkeit einer entsprechenden Expertenarbeitsgruppe mit der Begründung kategorisch ab, daß hierüber nur eine Entscheidung vom PBA getroffen werden kann.

Die UdSSR schlug vor, Fragen der Vervollkommnung der Arbeitsweise des Warschauer Vertrages auf einem Treffen der stellvertretenden Außenminister zu beraten.

Es wurde vereinbart, ein Treffen der stellvertretenden Minister zur Erörterung des Vorgehens an der Südflanke des Warschauer Vertrages und der NATO durchzuführen.

Neue Arbeitsgruppen werden sich mit den Folgen des Wettrüstens für die Umwelt und der ökologischen Sicherheit sowie den Fragen der Festigung von Vertrauen und Sicherheit im Norden Europas befassen.

Der Außenminister der VRP informierte, daß sein Land beabsichtige, einen Vorschlag zur Schaffung einer gemeinsamen Organisation der Parlamente der Warschauer Vertragsstaaten zu unterbreiten. Gen. Schewardnadse unterstützte diese Absicht.

8. Die Rede des Außenministers der DDR/ (Anlage 4) wurde besonders von sowjetischer, polnischer, tschechoslowakischer und ungarischer Seite als ein inhaltsreicher, offener und klar auf die Kernpunkte der weiteren außenpolitischen Abstimmung gerichteter Beitrag bezeichnet. Besonderes Interesse fanden die Arbeit der DDR mit den regionalen Initiativen, die Einschätzungen zu den Tendenzen der Integrationsprozesse in Westeuropa und der Vorschlag der DDR, alle Aspekte der sozialistischen Europapolitik in einem Gesamtkonzept auszuarbeiten.

9. Schlußfolgerungen

1. Die Ergebnisse der Tagung sind in die Vorbereitung der Tagung des PBA in Warschau sowie der bevorstehenden bilateralen außenpolitischen Aktivitäten einzubeziehen.

Verantw.: Genosse Oskar Fischer

2. Die Auslandsvertretungen, die Delegationen auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen, bei den Wiener Verhandlungen und auf der Genfer Abrüstungskonferenz werden über die Tagung informiert. Sie erhalten eine Direktive zur konkreten Umsetzung der Ergebnisse der Tagung.

Verantw.: Genosse Oskar Fischer

3. Die Teilnahme von Vertretern der DDR an den beschlossenen Maßnahmen der außenpolitischen Zusammenarbeit im Zeitraum bis zur Herbsttagung des Außenministerkomitees (Oktober 1988) ist zu gewährleisten.

Verantw.: Genosse Oskar Fischer